

## Projekt Wahlprüfsteine NRW Wahl 2012

### Fragen des DVNLP e.V. zur Wahl des Landtages NRW am 13. Mai 2012

Zur Landtagswahl in NRW am 13. Mai 2012 stellte der DVNLP den im Landtag in Fraktionsstärke vertretenen Parteien Fragen zum Thema NLP. CDU und FDP wollte die Fragen aus Zeitgründen nicht beantworten, DIE.LINKE reagiert auch auf Nachfragen nicht. Die Antworten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sind unten im Detail zu finden.

Die SprecherInnen der Regionalgruppe NRW, Silvia Lüthy und Frank Sippel, fassen die Kernaussagen zusammen:

Insgesamt kann festgestellt werden, dass SPD und Bündnis 90/Die Grünen sich mit den Fragen ausführlich befasst haben. Bildungspolitik ist eines der wichtigsten Wahlkampfthemen und wird in erster Linie auf die Schulpolitik bezogen und erst in zweiter Linie auf die Erwachsenenbildung.

- Das Thema „Lernen lernen“ trifft einen Nerv im Bildungsbereich, der DVNLP kann sich da mit Unterstützung aus wissenschaftlichen Studien weiter profilieren.
- Lehrer als Lerncoaches eröffnet einen neuen Bereich für Curricula und Seminare/Ausbildungen.
- Lehrerfortbildung bleibt ein Zukunftsthema und eine spezielle Zielgruppe für den Trainermarkt.
- Persönlichkeitsbildung als Menschenrecht hat die politische Unterstützung.
- Employability darf nicht auf den einzelnen Arbeitnehmer abgewälzt werden, sondern unterstützt die Teilhabe am Arbeitsprozess
- Lebensbegleitendes Lernen braucht eine vielfältige Weiterbildungslandschaft, der DVNLP und jeder NLP-Trainer ist ein Teil davon.
- Der Begriff „Psychotherapie“ soll zum Schutz des Klienten weiter geschützt werden.

### Die Antworten der Parteien

*Der DVNLP versteht „Lernen lernen“ als Bildungsauftrag für alle Gruppen von Menschen. NLP ist eine weltweit und kulturübergreifende, anerkannte Methode zur Persönlichkeitsentwicklung, Selbstmanagement, Mediation uvm. Sie ist die Basis für viele Berufe in denen Menschen mit Menschen arbeiten.*

#### 1. Inwieweit unterstützen Sie diesen Ansatz?

**SPD:** Leider ist in Ihrer Frage nicht erläutert, welcher Ansatz unterstützt oder nicht unterstützt werden soll. Die NRWSPD kann insofern folgen, dass wir ebenfalls „Lernen lernen“ als einen wichtigen Bildungsauftrag ansehen und ebenfalls die Persönlichkeitsentwicklung und das Selbstmanagement – im Sinne eines Managements des eigenen Selbst und im Sinne einer umfassenden Selbstbestimmung – für einen impliziten Lehrinhalt, den die Verfassung unseres Landes gebietet, halten. Es ist untrennbarer Teil sozialdemokratischer Identität, dass wir es als Staatsauftrag ansehen, das selbstbestimmte Individuum nicht nur anzuerkennen, sondern auch die Entwicklung desselben innerhalb wie außerhalb der Bildungsinstitutionen zu unterstützen.

**GRÜNE:** In den Bildungseinrichtungen wird zunehmend anerkannt, dass der einseitige Blick auf Wissensvermittlung den Anforderungen an eine moderne Bildung nicht gerecht wird. Kompetenzen zu erlangen setzt voraus, dass der Mensch in die Lage versetzt wird, Lernprozesse selbstständig zu gestalten. Hierzu gibt es eine Fülle von Ansätzen und Methoden. Wir wollen diese nicht auf einen Ansatz beschränken, sondern die Vielfalt wirksam werden lassen. Die pädagogische Verantwortung der Auswahl der Methoden und Ansätze hat die entsprechende Lehrkraft. Auch die Schulkonferenz kann hierzu eine Verständigung an der Schule vereinbaren. Der Unterricht in Sozialkompetenz hat für uns Grüne eine große Bedeutung. Schlüsselqualifikationen wie Toleranz, Selbstreflexion, Organisationstalent, Umgangsstil, Team- oder Kritikfähigkeit werden sicher für einen Berufseinstieg immer wichtiger. Sie sind aber ebenso auch für die Lebensvorbereitung von großer Bedeutung und nicht nur zur Verwertung im Sinne des beruflichen Erfolgs. Eine Vermittlung dieser Soft Skills ist allerdings nicht von der Methode NLP abhängig. Vor allem reformpädagogische Schulen setzen auf die Förderung selbstbestimmten Lernens und damit auch der sozialen Kompetenzen. Lernen lernen als eigenständiges Schulfach halten wir für den falschen Ansatz. Lehrerinnen und Lehrer sollen verstärkt Lerncoaches werden. Das gilt für alle Lehrkräfte und Fächer, da wir eine systematische und systemische Unterrichtsentwicklung. Kompetenzentwicklung ist immer mit Haltung und Einstellung Entwicklung am Gegenstand verbunden. Eine von Inhalten abgekoppelte Vermittlung von Soft Skills ist der falsche Ansatz.

2. Wann wird „Lernen lernen“, Persönlichkeitsentwicklung und die Vermittlung von Softskills zum Schulfach?

**SPD:** „Lernen lernen“, Persönlichkeitsentwicklung und Softskills sind Bestandteil eines jeden Schulfachs. Darüber hinaus steht es allen Schulen sowie den Lehrerinnen und Lehrern frei, im Rahmen ihres Bildungsauftrags darüber hinaus gehende Methoden anzuwenden. Eine Etablierung eines solchen Schulfachs ist unserer Auffassung nach widersinnig. Wie Sie sicher wissen, lautet der Bildungsauftrag unserer Schulen „Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor der Würde des Menschen und Bereitschaft zum sozialen Handeln zu wecken, ist vornehmstes Ziel der Erziehung“. Es käme niemand in unserer Partei auf die Idee, diese drei Aspekte, die immerhin die vornehmsten Ziele benennen, zu Unterrichtsfächern zu machen.

**GRÜNE:** siehe Frage 1.

3. Inwieweit sorgen Sie dafür, dass NLP in die Forschung und Lehre an den Hochschulen aufgenommen wird?

**SPD:** Die NRWSPD steht uneingeschränkt zur Freiheit von Forschung und Lehre an den Hochschulen des Landes. Auch dies ist ein wichtiger Verfassungsgrundsatz. Sollten Forschung und Lehre zum Schluss kommen, dass die Aufnahme von NLP sinnvoll ist, werden sie dies sicherlich vorantreiben.

**GRÜNE:** Es kann nicht Aufgabe der Politik sein, bestimmte Ansätze in den Unis zu verankern, es gilt die Autonomie der Hochschulen und die Freiheit von Forschung und Lehre. Das gleiche für das Fortbildungsprogramm. Dort geht es eher darum bestimmte Ziele zu formulieren, aber nicht darum, einzelne Methoden zu verankern.

*Viele Führungskräfte aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft nutzen inzwischen für ihre persönliche und berufliche Entwicklung regelmäßig ein Coaching oder Fortbildungen, um ihre Kommunikationsfähigkeit zu optimieren. In sozialen Berufsfeldern gehört es zum Qualitätsstandard, in einer Supervision das eigene fachliche Tun zu reflektieren sowie Weiterbildungen zu besuchen.*

**4. Für wie wichtig halten Sie es, dass auch Lehrerinnen und Lehrer kontinuierlich ihre Professionalität in einem Coaching betrachten, hinterfragen und weiter entwickeln?**

**SPD:** Der Beruf bringt es mit sich, dass Lehrerinnen und Lehrer kontinuierlich ihre Professionalität betrachten, hinterfragen und weiterentwickeln. Wir halten es nicht für notwendig, dass dies in Form eines Coachings oder mittels einer bestimmten Methode vom Gesetzgeber vorgeschrieben wird.

**GRÜNE:** Die Lehreraus- und Fortbildung ist ein wichtiger Baustein für mehr Bildungsqualität. Dabei ist uns auch wichtig, dass neben der Fachlichkeit und Didaktik auch die Bereiche Selbstmanagement und Kommunikationsfähigkeit einen hohen Stellenwert bekommen. Wie in Antwort auf Fragen 1 und 2 dargelegt, sollen die Lehrkräfte sich zunehmend als Lerncoaches verstehen. Gefordert sind heute auch interkulturelle und Genderkompetenzen. Diese können nur erworben werden, wenn die Lehrkräfte auch sich und ihre Rolle, ihre Einstellungen und Verhalten reflektieren. Dies gilt nicht nur für den Zeitpunkt der Ausbildung sondern berufsbegleitend. An den Schulen ist die Teamarbeit sinnvoll und notwendig. Nicht nur im Zuge der Inklusion werden auch Personen anderer Professionen Bestandteil des Teams werden. Eine gute Teamentwicklung braucht Reflexion, Vergewisserung und Auseinandersetzung.

**5. Unterstützen Sie, dass eine DVNLP-Coaching-Ausbildung als Qualifizierungsmerkmal für Coaching- und Supervisions-Aufträge für öffentliche Einrichtungen (Kitas, Jugendarbeit, Verwaltungen) akzeptiert wird?**

**SPD:** Die DVNLP-Coaching-Ausbildung wird bereits heute insofern akzeptiert, dass sie unseres Wissens niemand verbietet oder sie aktiv bekämpft. Im Übrigen obliegt es den öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fortzubilden.

**GRÜNE:** siehe Frage 3

**6. Unterstützen Sie die Anwendungen von NLP auch im schulischen Bereich?**

**SPD:** Unter den vielen Lehrerinnen und Lehrern unseres Landes gibt es sicherlich auch solche, die Methoden der NLP anwenden. Wir streben weder an, sie daran zu hindern, noch, sie dabei zu unterstützen.

**GRÜNE:** Gerade bei Selbstmanagement, aber auch bei Beratung, Begleitung und Kommunikationsfähigkeit kann NLP sicher ein guter Schlüssel sein. Sie ist aber auch als Kommunikationstechnik nicht unumstritten. Das enorme Potential des NLP lässt sich nicht nur sinnvoll nutzen. Deshalb ist neben allen Erfolgen dieser Kommunikationsmethode auch eine kritische Reflexion notwendig.

*Neuro-Lingustisches Programmieren (NLP) verfügt über gute Methoden, Lese- und Rechtschreibschwäche (Legasthenie) und Rechenschwäche (Dyskalkulie) rasch, nachhaltig und günstig zu beeinflussen.*

**7. Wie stehen Sie dazu, dass dieses Potential in den Schulalltag eingebracht wird?**

**SPD:** siehe Frage 6

**GRÜNE:** Es gibt nach unserer Erkenntnis mehrere Ansätze bei Legasthenie und Dyskalkulie Erfolge zu erzielen. Wir sperren uns da keiner Methode, finden es aber auch hier nicht Aufgabe der Politik, die eine oder andere Methode zu unterstützen. Genauso wenig wollen wir TherapeutInnen vorschreiben, welche Therapie sie anzuwenden haben. Allerdings wollen wir GRÜNE, dass der potenzialorientierte Ansatz in den Schulen stärker wird. Zu oft ist der defizitorientierte Blick auf die

Kinder und Jugendlichen vorherrschend. zu tun. Hier kann NLP sicher einen Beitrag leisten.

8. Setzt sich Ihre Partei dafür ein, das die neuen Erkenntnisse der kognitiven Neurowissenschaften in Schule und Erwachsenenbildung in Lehrpläne und Curricula umgesetzt/eingearbeitet werden?

**SPD:** Die mit den Aufgaben der Lehrplanentwicklung und –bearbeitung betrauten Personen werden umfänglich wissenschaftlich beraten. Neben den Fachdisziplinen und Fachdidaktiken leisten die Erziehungswissenschaften, die Psychologie, die Kognitionswissenschaften, die Linguistik und andere wertvolle Beiträge.

**GRÜNE:** Über die Erkenntnisse und deren Wissenschaftlichkeit gibt es verschiedene Kontroversen, auch um NLP. Eine einseitige Umsetzung würde diese Kontroversen ausblenden. Das ist weder sachgerecht noch den Qualitätsanforderungen an Lehrplänen angemessen.

*Menschen lernen am besten von Menschen, nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene. "Employability" - wörtlich: Beschäftigungsfähigkeit - nennt sich das Konzept, mit dem die lebenslange Arbeitsmarktfähigkeit von Mitarbeitern gestärkt werden soll*

9. Unterstützen sie das Konzept der Employability?

**SPD:** Ihre Tatsachenfeststellung „Menschen lernen am besten von Menschen“ teilen wir in dieser Absolutheit nicht. Es kommt für uns immer noch darauf an, was gelernt werden soll und wer lernt. Als Beispiele mögen Ihnen das Selbststudium neben dem Beruf und auch die Naturerfahrung und –beobachtung kleiner Kinder dienen. Was die „Employability“ angeht, ist es feste Überzeugung von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass die Arbeit ein identitätsstiftender Teil des Individuums ist. In einem marktförmig organisierten Arbeitsangebot ist es insofern selbstverständliche Aufgabe von Sozialpartnern und Bildungsinstitutionen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dafür fit zu machen, auf diesem Markt bestehen zu können.

**GRÜNE:** Die Beschäftigungsfähigkeit des Einzelnen und die Vermittlung von Schlüsselkompetenzen zur Erlangung einer solchen, werden bei diesem Konzept in den Mittelpunkt gerückt. Der Begriff der Beschäftigungsfähigkeit in dieser Tradition hat Eingang in die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gefunden und bezieht sich primär auf den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit von Erwerbstätigen z.B. durch berufliche Weiterbildung oder die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit von nichterwerbstätigen, arbeitslosen Personen. Dabei geht es vorrangig darum, die ggf. in der Person eines Arbeitslosen liegenden Vermittlungshemmnisse zu beseitigen oder zu reduzieren mit dem Ziel, eine Vermittlung in reguläre Erwerbstätigkeit vorzubereiten und zu erreichen. „Employability“ wird damit als ein Konzept aktivierender Arbeitsmarktpolitik verstanden und die Eigenschaften und Befähigungen der einzelnen Person als Grundvoraussetzung für die Vermittelbarkeit auf dem Arbeitsmarkt gesehen. Dieser Ansatz ist zwar für eine individuelle Qualifizierung von Bedeutung reicht aber unserer Auffassung sicher alleine nicht mehr aus für eine zeitgemäße Sozial- und Arbeitspolitik. Gerade die Anforderungen, die eine Inklusion an die Gesellschaft stellt, erfordern einen Paradigmenwechsel, verbunden Veränderungen in den Strukturen. Denn diese müssen so gestaltet sein, dass alle daran teilhaben können. Konzept der Employability und damit ein rein individualisierter Lösungsansatz reicht hierzu alleine nicht mehr aus. Auch legen wir Wert darauf, dass unser Bildungsbegriff deutlich weitergefasst ist, als nur die Aspekte der Verwertbarkeit für den Arbeitsmarkt zu berühren. Bildung dient sicher dazu, am Erwerbsleben teilzuhaben. Es ist aber auch ein Menschenrecht, um seine Persönlichkeit zu bilden. Das gilt für

Schule wie für die Erwachsenenbildung.

**10. Inwieweit unterstützen Sie aktiv die Erwachsenenbildung?**

**SPD:** In der letzten Legislaturperiode haben wir die Weiterbildung gestärkt und die vorangegangenen Kürzungen zurückgenommen. Für uns ist lebensbegleitendes Lernen unverzichtbar. Weiterbildung stärkt das demokratische Gemeinwesen. Es gehört zu den kommunalen Pflichtaufgaben. Fort- und Weiterbildung ist auch für die Beschäftigten notwendig und sinnvoll. Wir wollen daher, dass auch Auszubildende Anspruch auf politische Weiterbildung im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes erhalten können.

**GRÜNE:** In NRW gibt es eine seit Jahrzehnten sehr breite Weiterbildungslandschaft. Dies ist auch im Vergleich der Bundesländer eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung des Konzepts lebensbegleitenden Lernens. Wir haben die Kürzungen in diesem Bereich unter schwarz-gelb zurückgenommen und damit die strukturellen Voraussetzungen geschaffen, dass die Weiterbildung ihren guten Stand in NRW behaupten kann. In einer Weiterbildungskonferenz aller Beteiligten unter Moderation der grünen Schulministerin wurden strukturelle wie inhaltliche Perspektiven diskutiert. Dabei ist klar, dass die inhaltliche Arbeit die einzelnen Träger, also die Kommunen für die Volkshochschulen und die freien Träger für die anderen Einrichtungen verantworten. Diese Konferenz wurde durch die Auflösung des Landtags unterbrochen. Wir wollen sie nach der Wahl zeitnah weiterführen und zum Abschluss bringen.

*Im Therapiebereich konnte durch NLP die Dauer von Behandlungen deutlich reduziert werden. Betroffene Eltern und Kinder haben aber immer noch keine Freiheit in der Wahl bewährter Therapiemethode, z.B. für eine Lerntherapie.*

**11. Unterstützen Sie das Ziel, dass im psychotherapeutischen Bereich nicht mehr (ausschließlich) nach Stunden sondern nach Erfolgen bezahlt werden sollte?**

**12. Unterstützt Ihre Partei die Anerkennung von Coaching z.B. von den Krankenkassen?**

**SPD:** Wie Sie wissen, ist die Anerkennung von Angeboten beispielsweise der Primärprävention gemäß § 20 SGB V Aufgabe der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen und wird auf Grundlage der qualitativen Anforderungen der Krankenkassen bzw. der Kassenärztlichen Vereinigung geregelt. Es ist weder Aufgabe der Politik, die Wirksamkeit von therapeutischen Angeboten zu bewerten, noch hat sie das dafür erforderliche Fachwissen.

**GRÜNE:** Psychotherapie ist in der Regel keine kurzfristige Behandlung. Gerade im Bereich der Kinder- und Jugendpsychotherapie übersteigt der Bedarf das Angebot bei weitem. So kann jeder frei werdende Therapieplatz unmittelbar wieder besetzt werden. Wir sind offen für eine Diskussion über neue Abrechnungsmodelle, solange die erforderliche Qualität im Vordergrund steht. Aus unserer Sicht muss hierbei gewährleistet sein, dass die Versorgungsstrukturen erhalten bleiben.

*In einem von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Forschungsgutachten der Uni Jena (Bernhard Strauß et al.: „Forschungsgutachten zur Ausbildung von Psychologischen PsychotherapeutInnen“, April 2009) heißt es: „Im Rahmen der Delphi-Befragung wurde von der Mehrheit der ExpertInnen eine Revision des Heilpraktikergesetzes und eine Aufhebung der dort verankerten Psychotherapieoptionen empfohlen. Angeregt wurde darüber hinaus eine Abgleichung mit den Texten im SGB V und den Kammer-Heilberufsgesetzen.“ (Quelle: s.o., S. 377).*

**13. Werden Sie in NRW und im Bund diese Empfehlung unterstützen bzw. umsetzen?**

**SPD:** Die NRWSPD fordert seit längerem eine Reform des Psychotherapeutengesetzes hinsichtlich der Bedarfsplanung und der Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse. In diesem Zusammenhang verschließen wir uns nicht einem

Abgleich mit dem SGB V oder anderen relevanten Gesetzen, wie dem Heilpraktikergesetz.

**GRÜNE:** Für Bündnis 90/Die Grünen stellt der Schutz von PatientInnen eine zentrale Größe dar. Das Heilpraktikergesetz soll sicherstellen, dass die Heilkunde nur von Personen durchgeführt wird, die als ÄrztInnen (darunter fallen auch psychologische PsychotherapeutInnen und Kinder- und JugendlichenpsychotherapeutInnen) praktizieren dürfen oder Personen die eine entsprechende Erlaubnis besitzen. Bei der Heilpraktikerprüfung sollte insbesondere ein medizinisches Basiswissen geprüft werden um sicherzustellen, dass keine Gefahr für Gesundheit der von Ihnen Behandelten ausgeht. Solche Anforderungen erscheinen uns für jede heilkundliche Anwendung von psychologischen Verfahren sinnvoll. Dennoch ermöglicht die Anerkennung zum Psychotherapeuten nach dem Heilpraktikergesetz die Ausübung eines heilkundlichen Berufes in einem ausdrücklich eingeschränkten Bereich. Kompetenzen im Rahmen der allgemeinen Heilkunde müssen weder erworben noch nachgewiesen werden. Die Anerkennung ist schon nach vergleichsweise kurzer „Ausbildung“ durch das Ablegen einer Prüfung vor den zuständigen Gesundheitsbehörden möglich. Der Begriff „Psychotherapie“ an sich ist nicht geschützt und damit auch die Ausbildung nicht durch einheitliche qualitative Standards definiert. Vor diesem Hintergrund halten wir eine Vereinheitlichung, Anerkennung, qualitative Standardisierung und bessere Überprüfbarkeit der „Psychotherapie“ für sinnvoll.

**CDU:** Haben Sie vielen Dank für Ihre Nachricht vom 17. April (die Anfrage ging am 23.3. an die Parteien, am 17.4. war es eine Nachfrage. Anm d. Red.) dieses Jahres zur anstehenden Landtagswahl am 13. Mai 2012, auf die ich gerne eingehen möchte. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir aufgrund einer Vielzahl von Anfragen, die bei uns insbesondere jetzt vor der anstehenden Landtagswahl bei der CDU Nordrhein-Westfalen eingehen, nur unseren Wahlaufruf zusenden können. Weitere Informationen zu unseren Zielen, den Wahlauftritten oder unseren sozialen Netzwerken finden Sie auch auf unserer Homepage.

**FDP:** Haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 22. März 2012 und Ihre Fragen zum Thema „NLP“ in Nordrhein-Westfalen. Die von Ihnen angesprochenen Problemkreise sind sehr fachspezifisch. Eine sachgerechte Bewertung Ihrer Anliegen erfordert eine umfassende Analyse. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass daher die Beantwortung Ihrer Fragen aufgrund der Kürze der Wahlkampfzeit leider nicht möglich ist.

**DIE LINKE: keine Antwort**